

Geldzahlungen für Kriminelle: AfD kritisiert Ampel-Regierung scharf

Alice Weidel criticized the German coalition for rewarding criminals with money to leave the country in a tweet on August 22, 2024.



Die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag, Alice Weidel, hat sich kürzlich auf Twitter kritisch zur Flüchtlingspolitik der Ampelkoalition geäußert. In ihrem Tweet wirft sie der Regierungskoalition um Kanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser vor, Kriminelle nicht konsequent abzuschieben und den Rechtsstaat nicht durchzusetzen. Stattdessen würden solche Personen mit Anreizzahlungen belohnt, um das Land zu verlassen.

Statt Kriminelle einfach abzuschieben & den Rechtsstaat durchzusetzen, will die **#Ampel** sie auch noch mit Geldzahlungen belohnen, damit sie unser Land verlassen. Es ist unfassbar, welchen Narrenstaat

#Faeser und **#Scholz** aus Deutschland machen!
#DeshalbAfD #AfD... pic.twitter.com/SuvA9vwH52

— Alice Weidel (@Alice_Weidel) **August 22, 2024**

Kritik an Anreizzahlungen

Weidel kritisiert insbesondere das Instrument der Anreizzahlungen, das von der Ampelkoalition eingeführt wurde, um Asylbewerber freiwillig zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu bewegen. Diese Maßnahme, die bereits in mehreren europäischen Ländern praktiziert wird, soll den Rückführungsprozess erleichtern und die Integrationslast auf Deutschland verringern. Laut Weidel sende dies jedoch das falsche Signal und belohne rechtswidriges Verhalten.

Rechtsstaatlichkeit und Abschiebungen

Ein zentraler Punkt der Kritik Weidels betrifft die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Sie argumentiert, dass die Menschen, die kriminelle Handlungen begehen, umgehend abgeschoben werden sollten. Weidel sieht in der aktuellen Praxis eine Schwächung der Glaubwürdigkeit des deutschen Rechtsstaats. Tatsächlich gab es in der Vergangenheit mehrfach Fälle, bei denen abgelehnte Asylbewerber nicht zeitnah abgeschoben werden konnten, oft aufgrund von rechtlichen oder administrativen Hürden.

Politische Reaktion

Die Bundesregierung verteidigt jedoch ihre Politik. Innenministerin Faeser betonte, dass freiwillige Rückkehrprogramme eine humanere und oft effektivere Möglichkeit seien, um abgelehnte Asylbewerber zur Ausreise zu bewegen. Laut Faeser würden solche Programme auch die

Rückführungskosten reduzieren und den sozialen Frieden stärken.

AfD fordert härteres Vorgehen

Die AfD hingegen fordert eine konsequentere Abschiebep Praxis und eine rigorosere Umsetzung der bestehenden Gesetze. Weidel und ihre Partei sehen die aktuelle Politik als Teil eines größeren Problems, das ihrer Meinung nach durch eine falsche Integrationspolitik und zu laxen Einwanderungsgesetzen entstanden ist.

Wie sich die Debatte weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Klar ist jedoch, dass die Flüchtlings- und Migrationspolitik weiterhin ein heiß diskutiertes Thema in der deutschen Innenpolitik bleiben wird.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de